



Die Stadt Rottweil bietet Platz für ein Großgefängnis weit weg mitten im Wald und direkt auf der Grenze zu Schömburg und zum Zollernalbkreis.

Foto: StZ

Rottweil hält am Gefängnis im Wald fest

Streit Die Stadt stellt heute die Weichen für den „Riesenknast“. Bürger und der Zollernalbkreis protestieren. *Von Andrea Koch-Widmann*

Schmetterlinge und Herzen zieren die Tafelchen mit liebevollen Bekenntnissen, die Baumpaten im Bitzwald an vielen Stämmen angebracht haben. In dem feuchten, in einer Senke liegenden Wald sollen rund 25 000 Bäume gefällt werden. Das Land will dort ein Großgefängnis bauen. Die Stadt Rottweil hat diesen Standort fernab der Kernstadt, aber noch auf Stadtgebiet und direkt auf der Grenze zum Zollernalbkreis, angeboten.

Gegen den Standort mitten im Wald wehren sich die direkten Anlieger, der 500 Meter entfernte Rottweiler Teilort Zepfenhan (580 Einwohner) und der Teilort Neukirch (670 Einwohner). Ein Bürgerbegehren gegen das Gefängnis hat die Bürgerinitiative nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Weil die Anstalt für „die Stadtleute bequem weit weg“ sei, sagt Ursula Berner bitter. „Wir hätten nie die notwendige Stimmenzahl erreicht“, sagt Elmar Hauschel. „Wir haben keinen Sitz im Gemeinderat“, erklärt der Ortsvorsteher Eugen Mager. Er ist betroffen darüber, wie sich der Gemeinderat über die Voten der Ortschaftsräte hinwegsetzt.

Unterstützung hat die Bürgerinitiative mittlerweile von jenseits der Kreisgrenze. Die Stadt Schömburg und die anderen Gemeinden des Verbands Obere

Schlichemtal liegen allesamt näher am geplanten Gefängnisstandort als Rottweil selbst. Bei einem Bürgerbegehren allerdings hätten diese, zudem in einem anderen Regierungsbezirk gelegen, gar keine Mitsprachemöglichkeit, sagt Hauschel.

„Eiskalt“ und mit „größtmöglicher Unsensibilität“ habe Rottweil den Nachbarn Schömburg „vor den Kopf gestoßen“. Mit scharfen Worten hat Bürgermeister Karl-Josef Sprenger jüngst in einem offenen Brief an Rottweils OB Ralf Broß protestiert. Auch der Landrat des Zollernalbkreises und CDU-Landtagsabgeordnete Günther-Martin Pauli zeigt sich „als Nachbar irritiert“, dass das Gefängnis „hundertprozentig in die Natur gebaut werden soll“. Er verweist auf die Verschärfung der Hochwassersituation in seinem Landkreis durch die großflächige Flächenversiegelung im Bitzwald.

Der CDU-Abgeordnete nimmt jedoch das Land als Bauherrn in die Pflicht. „Das Land macht einen großen Fehler, wenn es mit Scheuklappen nur einen Standort auf der Gemarkung Rottweil sucht“, erklärt Pauli. Im Schulterschluss mit seinem Wahlkreiscollegen von der SPD, Hans-Martin Haller und den beiden Grünen-Abgeordneten, Bernd Murschel und Ilka Neuenhaus, mahnt Pauli einen

neuen Suchlauf für einen Gefängnisstandort an, etwa auf Gewerbebrachen oder möglichen frei werdenden Bundeswehrstandorten. Das Land verstoße gegen die eigenen Zielvorgaben beim Flächensparen und gegen das Bodenschutzgesetz, kritisiert das schwarz-rot-grüne Zweckbündnis.

Zudem gibt es Unstimmigkeiten bezüglich der Größe: Das für den Bau zuständige Finanzministerium geht nach wie vor 15 Hektar aus. Der Justizminister Ulrich Goll (FDP) hingegen hat die Zahl der Haftplätze von 600 auf jetzt 500 reduziert und spricht mittlerweile von einem Flächenbedarf von zehn Hektar. „Diese Peinlichkeit hat der Finanzminister Willi Stächele zu verantworten“, sagt Landrat Pauli. Der Rottweiler CDU-Landtagsabgeordnete Stefan Teufel hingegen hält der Stadt Rottweil die Treue. „Die Stadt hat das Vorschlagsrecht“, sagt Teufel und verweist auf die „gesamtgemeinschaftliche Aufgabe“ einer Justizvollzugsanstalt. Diese könne nicht nach dem St. Florians-Prinzip verschoben werden.

Unbeirrt vom anhaltenden Protest wird heute der Rottweiler Gemeinderat die Weichen stellen für die Schaffung des Planungsrechts. Der Beschluss stand Ende September schon einmal auf der Tagesordnung, wurde aber wegen der ablehnenden Voten der beiden Ortschaftsräte Zepfenhan und Neukirch vertagt und in den Vermittlungsausschuss verwiesen. „In der Sache sind wir nicht weiter gekommen“, sagt Oberbürgermeister Broß (parteilos) knapp. Der Protest aus Neukirch und Zepfenhan ist für ihn ein „Protest der Betroffenen“. „Die Bevölkerung in Rottweil steht voll hinter dem Gefängnis“, betont der OB. Der Zollernalbkreis und die Stadt Schömburg würden im Rahmen des Bebauungsverfahrens als „Träger öffentlicher Belange“ gehört.

Kommentar

Mangelhaft

Standortsuche Das Land hält Rottweil die Treue. *Von Andrea Koch-Widmann*

Baden-Württemberg sucht einen Bauplatz für ein großes Gefängnis mit 500 Inhaftierten. Einen solchen „Riesenknast“ will wohl kein Bürger in seiner Nähe haben. Proteste sind somit programmiert. Da ist es für das Land als Bauherrn natürlich höchst bequem, dass die Stadt Rottweil einen Bauplatz anbietet. Bereits seit den 70er Jahren hatte die Stadt im Flächennutzungsplan einen solchen ausgewiesen, das Land kaufte damals sogar Grundstücke an. Doch erst vor zwei Jahren, als der Neubau näher rückte, wurde der Baugrund untersucht. Wegen der mächtigen Grundgipsschichten und der Erfahrungen der rissgeplagten Stadt Staufen wurde der „Stallberg“ verworfen.

Im Schnelldurchlauf suchte die Stadt neue Flächen von 15 Hektar Größe und wurde mitten im Wald fündig. Weit weg von der Stadt soll die „gesamtgemeinschaftliche Aufgabe“ versteckt werden. Der Bauherr Land ist zufrieden und hält Rottweil die Treue, auch wenn dabei eigene Ziele wie Flächensparen und Nachhaltigkeit missachtet werden. Besonders ärgerlich: Die Stadt wurde nicht darüber informiert, dass der Bauplatz wohl ein Drittel kleiner wird. Womöglich wäre ein unproblematischer Platz gefunden worden. Diese Standortsuche ist mangelhaft. Ein neuer Suchlauf mit richtigen Vorgaben muss gestartet werden.



„Das Land macht einen großen Fehler, wenn es mit Scheuklappen nur einen Standort auf der Gemarkung Rottweil sucht.“

Günther-Martin Pauli (CDU), Landrat im Zollernalbkreis